

# Gesetzgebung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der schweizerische Republikaner**

Band (Jahr): **3 (1799)**

PDF erstellt am: **27.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tigere Probe der Freundschaft, als da wir Euch dringendst auffodern: O folget doch jetzt unserm Beispiel, da wir zur Vernunft und Pflicht zurückkehren, wie wir dem Eurigen gefolget, da wir davon abgewichen sind. Gebet der Stimme der Menschheit und Religion Gehör, stürzet Euch nicht in den Abgrund des unübersehbarsten Elends, nachdem Euch das traurigste Geschick schon zum Gegenstand des Mitleidens der Menschheit gemacht hat. Noch ist es Zeit, die Kranken werden als Freunde zu Euch kommen, wenn Ihr sie als Freunde aufnehmt; verschertzet aber die Augenblicke nicht, von denen das Schicksal für Euch und Eurer Kinder abhängt. Höret unsere freundschaftliche Erinnerung an, Eure Kinder werden Euch dafür segnen: süßes Gefühl, Sie vom Untergang gerettet zu haben, wird Euch lohnen; aber auch schrecklich müßte der Gedanke auf Eurer Seele liegen, für jeder Tropfe Bluts, der vergossen wird, sind wir Gott und dem Vaterland verantwortlich.

Republikanischer Gruß.

Unterstatthalter, Businger.  
Pras. des Kantonsger. Schuler.  
Pras. der Municipalitat, Weber.  
Vice-Pras. Aloys Reding.

## Gesetzgebung.

Senat, 1. Mai.

(Fortsetzung.)

Lütth v. Langn. hält die Gründe der Commission für bloß scheinbar und der Constitution zuwiderlaufend; er nimmt den Beschluß an; vom 20. Jahr an, sollen nach der Constitution alle Bürger als Aktivbürger zu jeder Stelle wählbar seyn; die Erhaltung der innern Ruhe muß uns eben so wichtig seyn, als jene der aussern.

Senhard hält auch dafür, der Beschluß müsse angenommen werden; die Municipalitäten sind zumal eben in Kriegsdiensten, von ausnehmender Wichtigkeit.

Muret hält den Beschluß für verderblich; der Geist unserer Nation soll vor allem militärisch seyn; jeder Bürger ist gehobener Soldat, und nur wo die Verrichtungen eines Amtes durchaus unübertraglich mit der Ausübung des Militärdienstes sind, kann Ausnahme statt finden; Lastercheres Berechnung war nichts weniger als übertrieben. Nach Meyers v. Arau Rechnung könnte man eben so gut alle Klassen von Bürgern ausnehmen und sagen, die Zahl der Vaterlandsvertheidiger bleibt die gleiche: nein; das Gesetz bestimmt, daß jede Gemeinde nach Verhältnis

ihrer Bevölkerung, Eliten stellen soll; diese Bevölkerung wird aber nach der Zahl der waffenfähigen Bürger bestimmt, und die die Waffen nicht tragen müssen, sind in dieser Zahl nicht gerechnet. Die durch den Beschluß bestimmten Ausnahmen müßten nothwendig einen sehr schlimmen Eindruck machen und Erkaltung des Patriotismus zur Folge haben; zumal, wenn man die Ausnahme von der Pflicht der Vaterlandsvertheidigung zur Belohnung macht. Was man von Intriguen, und von Feigen und Reichen, die sich in die Municipalitäten drängen würden, gesagt hat, ist nur gar zu gegründet. — Freylich dürfen die Municipalitäten keineswegs gelähmt werden; würde der Beschluß ihre Beamten nur vom Elitendienst ausnehmen, oder sie nur von einem bestimmten Alter an ausnehmen, so wäre er annehmlich. — Sehen wir endlich auch auf das was bisher geschah — warum sollten wir gute bisherige Einrichtungen nicht nachahmen? Im Canton Lemau waren die Glieder der Gemeinderäthe oder Municipalitäten vom Militärdienste nicht ausgenommen. Er verwirft den Beschluß. — Würde man ihn annehmen, so kamen bald auch die Gemeinderäthe verwalter um gleiche Ausnahme zu fordern.

Erauer behauptet ein Privilegium finde hier nicht statt, da ja auch die Agenten und andere Beamten ausgenommen sind, und bei dringender Gefahr werden die Municipalen die Waffen ergreifen; wie am 11. April es sogar viele Gesetzgeber thaten.

Scherer stimmt zur Annahme; die Wahlen des Volks sollen frey seyn und die Verrichtungen der Municipalitäten sind höchst wichtig.

Bundt nimmt ebenfalls an; Verwerfung des Beschlusses wäre constitutionswidrig und ein Eingriff in die Volkswahlen; wenn Gefahr des Vaterlands vorhanden ist, und von den constituirten Gewalten ein Theil marschieren soll, so soll das — nach Freyheit und Gleichheit — aus allen Gewalten gleich geschehen; von der Deputation jedes Kantons in die gesetzgebenden Rathen gehe einer — er will dabei seyn — das gleiche geschehe aus den übrigen Gewalten.

Darras. Um consequent zu seyn, müssen wir den Beschluß nothwendig annehmen; man fand die Municipalitäten nothwendig; also wohl auch die Municipalbeamten; man schreit über Mangel an Polizei; man will die Municipalbeamten zwingen, ihr Amt auch wider Willen anzunehmen — wie könnte man nun den gegenwärtigen Beschluß verwerfen? Er ist allerdings schon im Gesetz v. 13. Dec. enthalten, aber er war nothwendig, weil man das Gesetz verkannte. — Muret sagt, der Nationalgeist der Schweizer soll kriegerisch seyn; ja, aber nicht ausschließend; die Republik bedarf auch andere Dienste; sie bedarf die Civilbeamten und die Arbeiter, und die Handelsleute und jeden Stand.

Dolder liest den Art. des Gesetzes v. 13. Dec.

wo die ausgenommenen Autoritäten aufgezählt, aber der Municipalitäten nicht erwähnt ist. Fornerod erwiedert, daß damals noch keine Municipalitäten vorhanden waren. Kubli. Es liegt klar im Sinne des Gesetzes, daß die gesetzlichen Autoritäten ausgenommen werden sollen, namentlich konnten die Municipalitäten nicht aufgeführt werden, weil sie noch nicht vorhanden waren. Barras spricht in gleichem Sinne.

Bertholet verlangt Aufschub der Discussion für 2 Tage. Crauer widersezt sich und will sogleich abstimmen.

Die Tagesordnung wird verworfen — und der Beschluß angenommen.

Reding verlangt eine geschlossene Sitzung, um dem Senat über die Ereignisse im Distrikt Schwyz Nachrichten mitzutheilen. — Der Senat schließt seine Sitzung.

Am 2. Mai war keine Sitzung in beiden Råthen.

Grosser Rath, 3. Mai.

Präsident: Zimmermann.

Das Direktorium theilt eine Zuschrift des Direktoriums der batavischen Republik mit, welche beklagt und an den Senat gesandt wird. (Sie ist bereits abgedruckt S. 508).

Der Präsident sagt: B. R. Hier erhalte ich eine Botenschaft des Vollziehungsdirektoriums, welche uns anzeigt, daß die frankischen Deputirten in Rastatt auf ihrer Rückreise nach Frankreich von den Desfreichern ermordet wurden. — Euer Präsident zweifelt nicht, daß Sie mit ihm den Schauer und das Entsetzen theilen werden, welche die Nachricht dieses abscheulichen Verbrechens bei ihm erweckte. Sie sehen, wie Despoten und ihre Sklaven, ungescheit und auf die niederträchtigste Weise, auch selbst das heilige Völkerrecht verletzen — aber, B. Repräsentanten, Sie fühlen auch dabei wie nothwendig, wie unmachlässig es ist, daß die Republikaner alle ihre Kräfte vereinigen, um diese Greuelthat zu rächen, und um die in Europa erniedrigte und zertretene Menschheit zu ihrer Würde zu erheben! —

Das Vollziehungsdirektorium der helvetischen einen und untheilbaren Republik, an die gesetzgebenden Råthe.

Bürger Gesetzgeber!

Durch abschriftlich beiliegenden Brief des Generalen Chef der französischen Donau-Armee, B. Massena, an den hiesigen bevollmächtigten französischen Mini-

ster, B. Perrochel, giebt Euch das Vollziehungsdirektorium Kenntniß von dem schrecklichen Mordmorde, den die Desfreicher an den Personen der bevollmächtigten französischen Minister beim Congreß zu Rastatt begangen haben.

Das Direktorium zweifelt nicht, Sie werden den Abscheu und die Indignation, welche dasselbe bei diesem neuen Beweise der ungeheuern Grausamkeit unserer Feinde ergriffen hat, vollkommen mit ihm theilen.

Republikanischer Gruß.

Der Präsident des vollziehenden Direktoriums,  
D a s.

Im Namen des Direktoriums, der Gen. Sek.  
M o u s s o n.

D o n a u a r m e e.

Hauptquartier Basel, 12. Flor. 7. (1. Mai).

Massena, Obergeneral, an den Bürger Perrochel, bevollmächtigten Minister der frankischen Republik in Helvetien.

General Laroche, Kommandant der 5ten Division, berichtet mir, Bürger Minister, ein schreckliches Verbrechen, das die Desfreicher an den Personen der bevollmächtigten Minister der frankischen Republik beim Rastatter Congreß begangen. Hier sind die nähern Umstände, die mir bekannt wurden.

Den 9. dieses Monats (28. April) wurden unsere Minister eine Viertelstunde von Rastatt, da sie eben ihre Rückreise nach Frankreich angetreten hatten, ermordet; die B. Bonnier und Roberjot wurden in Stücke gehauen, der B. Jean Debry entging dem Tode nur dadurch, daß er sich zur Erde warf, und ohne Lebenszeichen hingestreckt liegen blieb. Diesen abscheulichen Mordmord begleiteten Umstände, die nicht minder scheußlich sind. Die Gattinnen und Töchter der Gesandten waren Augenzengen der Greuel, die man an ihren Gatten und Vätern verübte; die Bürgerin Roberjot selbst bekam einen Säbelhieb über das Haupt.

B. Jean Debry ward den 10. (29. April) Morgens um 1 Uhr nach Strassburg gebracht; man leistete ihm alle mögliche Hilfe, die sein Zustand erheischte, und man hofft ihn zu retten.

Dieses entsetzliche Ereigniß, wovon die Geschichte kein Beispiel weiß, erfüllt meine Seele mit Ingrimm. Gleiche Gefühle theilen gewiß alle Franken und unsre Armeen mit mir; und sie werden deswegen (zweifeln Sie nicht!) die schrecklichste Rache nehmen.

Gruß und Brudersliebe!

Unters.: M a s s e n a.

Secretan sagt, diese Greuelthat ist so abscheulich, daß selbst die wildesten Völkerschaften solche Thaten nicht aufzustellen haben; aber nur Tyrannen nehmen zu Mordmorden ihre Zuflucht, die freien Menschen bekämpfen ihre Feinde von vorn. Das Herz jedes Republikaners werde mit Abscheu und Haß gegen solche Feinde erfüllt; aber hoffentlich werden wir es nicht bloß bei den Gefühlen bewenden lassen, sondern mit den Franken Rache nehmen an dieser schrecklichen That.

Bellegriani ist überzeugt, daß alle Völker diese Greuelthat verabscheuen werden; nur die scheußlichste Tyranei kann solche Mordmorde wider alles Völkerrecht anzetteln. Hieran können wir ein Beispiel nehmen von dem was freie Männer zu erwarten haben, wann die Tyrannen siegen würden; laßt uns also alle unsre Kräfte zusammenraffen, um die Freiheit und die Franken siegen zu machen!

Suter: Dieses abscheuliche Verbrechen hat keinen Namen. Bis dahin wurden Gesandte in allen fünf Welttheilen, bei rohen und gesitteten Nationen, für heilig geachtet; bei jenen ist bald das Kalumet, bald der Walm; oder irgend ein anderer Zweig das Zeichen des Friedens, und wer es trägt, ist unverleslich. Hier — in Massatt — wo seit 1 1/2 Jahren die fränkische Regierung sich bemüht, Europa und der Menschheit einen dauerhaften Frieden zu geben, verletzen die Oestreicher das Heiligthum der Nationen, das Völkerrecht, und morden die fränkischen Gesandten, weil diese den Frieden auf Kosten der Menschheit nicht schließen wollten. Durch diese barbarische Greuelthat, erklärt Oestreich nicht nur allen wilden und kultivirten Nationen, sondern der ganzen Menschheit den Krieg — und es wird ihn haben. Schrecklich wird die Rache seyn, welche die Franken nehmen werden, und unsre Helvetier werden dadurch doppelt Recht haben, gegen einen so barbarischen Feind zu kämpfen. Sie brauchen, um ihre Tapferkeit anzukommen, weder an den Muth und die großen Thaten ihrer Väter, noch an ihre jezige Lage, sondern einzig und allein an dieses Verbrechen zu denken, und es wird keiner seyn, der nicht heldenmässig gegen einen solchen Feind sein Vaterland vertheidigen wird. Ich verlange den Druck von dieser Nachricht, so schnell als möglich.

Müce ist niedergedrückt, ist rasend über diese Nachricht und folgt Suter, und weh dem Helvetier der nicht von Abscheu erfüllt ist über diese Nachricht; ich weiß nicht welcher General einst auf ähnliche Art ermordet wurde, vor seinem Tode raste er sich noch auf, sandte seine blutigen Kleider seiner Gattin und Kindern und sagte, diese werden schreckliche Rache nehmen über meine Ermordung; laßt uns diese Bottschaft drucken und bekannt machen, und sie wird bei

unsrem Volk statt der blutigen Kleider dienen, die jener General nach Hause sandte; sie wird Rache erwecken bei jedem Republikaner!

Carrard stimmt dem Druck dieser Bottschaft bei, und fodert eine beigefügte Proklamation an das Volk und besonders Bekanntmachung bei den Armeen.

Cartier glaubt, die beigefügte Proklamation sey überflüssig, denn wenn diese Nachricht allein nicht alle Helvetier mit Abscheu erfüllt, so ist alles übrige vergebens.

Grafenried fodert Einladung an das Direktorium, dem fränkischen Minister im Namen der Nation das Beileid und den Abscheu zu bezeugen über diese Greuelthat.

Diese verschiedenen Anträge werden einmüthig angenommen.

Das Direktorium übersendet folgende Bottschaft:

Das Vollziehungs - Direktorium der Helvetischen einen und untheilbaren Republik, an die gesetzgebenden Räte.

Bürger Gesetzgeber!

Dringend befehlen die Umstände die Organisirung des militairischen Fuhrwesens. Bereits beauftragt das Direktorium seinen Commissair bei der Armee zur Eingebung eines Berichtes über die Anzahl der zum Dienste erforderlichen Wagen. Es ergiebt sich aus diesem Berichte, daß jedes Bataillon bedarf: Drei Wagen oder Caissons, jeder zu drei Pferden, den einen für den Etatmajor, und die beiden andern für das Equipage der Offiziere und den Transport der Lebensmittel. Dem zufolge, Bürger Gesetzgeber, ladet Euch das Direktorium ein, mit Dringlichkeit als einen Zusatz zu dem Gesetze über die militairische Organisation zu beschließen: Es sollen bei jedem Bataillon drei Wagen, zu drei Pferden jeder, zu stehen kommen, und von dem gleichen Arrondissement (Militairquartiere) geliefert werden.

Republikanischer Gruß.

Der Präsident des vollziehenden Direktoriums,  
D h s.

Im Namen des Direktoriums, der Gen. Sekr.  
M o u s s o n.

Anderwerth unterstützt diese Bottschaft, weil durch dieselbe die mit Truppen beladenen Gegenden in Rücksicht der Militairfuhr erleichtert werden. Der Antrag wird angenommen.

Das Direktorium übersendet folgende Botschaft:

Das Vollziehungsdirektorium der helvetischen  
einen und untheilbaren Republik, an  
die gesetzgebenden Räte.

Bürger Gesetzgeber!

Das Vollziehungsdirektorium wünscht den Unterschleifen und Betrügereien zuvorzukommen, welche in irgend einem Fache des Militärdienstes, von was für Art es immer seyn mag, versucht werden könnten. Da es fest entschlossen ist, sie mit der größten Strenge zu behandeln, so legt es, Bürger Gesetzgeber, eurer Prüfung einige Ideen vor, die seinem Befinden nach als Zufüge den Bestimmungen des Militärgesetzes sollten beigelegt werden. Das Direktorium schlägt euch vor, sie durch ein Dekret anzunehmen.

Republikanischer Gruß.

Der Präsident des vollziehenden Direktoriums,  
Peter Dohs.

Im Namen des Direktoriums, der Gen. Sek.  
Mousson.

### Gesetz, Vorschlag.

1) Die Müller und Becker, welche durch die Beamten der Armee von der Republik Frächte zum mahlen oder Mehl zum verbacken erhalten, gehören unter dieser Beziehung zum Gefolge der Armee, und sollen für alles, was sie in dieser Rücksicht mißhandeln, durch die Kriegsgerichte beurtheilt werden.

2) Der Müller, der von der Republik gutes Getreide zum vermahlen für die Armee erhalten hat, und überwiesen wird, schlechtes, oder allein vermisches, oder sonst verfälschtes Mehl geliefert zu haben, soll nach der, im Abschnitt III. § 3. des Kriegesgesetzes enthaltenen Vorschrift gestraft werden.

3) Jeder Becker, der von der Republik gutes Mehl zum verbacken für die Armee erhalten hat, und überwiesen wird, durch irgend eine fremdartige Mischung verfälschtes Brod geliefert zu haben, soll nach dem im vorigen Artikel bestimmten Gesetz bestraft werden.

4) Der Becker, der gutes Mehl zum verbacken für die Armee erhalten hat, und überwiesen wird, dafür schlechtgebackenes Brod geliefert zu haben, soll nach Ausweis des Abschnitts III. § 7. des Militärgesetzes bestraft werden.

5) Der Müller oder Becker, der überwiesen wird, von dem, ihm zum mahlen oder zum verbacken übergebenen Getreide oder Mehl entwendet zu haben, soll

nach der, im Abschnitt III. § 6. enthaltenen Vorschrift bestraft werden.

Der Regierungs-Commissär bei der Armee,  
Ruhn.

Rilchmann fodert ungefaunte Annahme dieser Botschaft, um unsere Vaterlands-Vertheidiger vor Betrug zu sichern. Germann wünscht etwas deutlichere Bestimmung dieses Vorschlags, um Betrug von bloßer Nachlässigkeit zu unterscheiden; er fodert also Verweisung an eine Commission. Kellstab fodert unbedingte Annahme dieses Antrags, weil sonst so schlechtes Brod gemacht wird, daß nur der größte Hunger dasselbe zur Nahrung gebrauchen kann. Erlacher folgt, und will unsre 20,000 Mann Vertheidiger nicht durch unsre Commissionen vernachlässigen. Winder folgt, weil schlechtes Brod auf die Gesundheit des Soldaten die nachtheiligsten Folgen hat. Die Botschaft wird angenommen.

Das Direktorium übersendet folgende Botschaft:

Das Vollziehungsdirektorium der einen und  
untheilbaren helvetischen Republik, an die  
gesetzgebenden Räte.

Bürger Gesetzgeber!

Den 28. des Aprils, in dem Augenblicke der Gefahr, womit die Aufsehung in dem Kanton Waldstätten drohte, bot sich der V. Repräsentant Billeter bei dem Direktorium an, den Patriotismus des Kantons Zürich in Thätigkeit zu setzen, und zur Beobachtung und Vertheidigung alle diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, welche die Umstände erfordern möchten. Das Direktorium glaubte, seinen Diensteifer benutzen zu dürfen. Es hofft, daß die Dringlichkeit des Augenblickes, und die Nothwendigkeit der Geheimhaltung, wodurch es bewogen wurde, bis auf heute das Ansuchen um einen einstweiligen Urlaub zu verschieben, bei euch, Bürger Gesetzgeber, keine Hinderniß finden werden, dem V. Billeter diesen Urlaub heute zu bewilligen.

Republikanischer Gruß.

Der Präsident des vollziehenden Direktoriums,  
Peter Dohs.

Im Namen des Direktoriums, der Gen. Sek.  
Mousson.

Dieser Botschaft wird ebenfalls entsprochen.

V. Lang, von Hämiken, im Kanton Baden, fodert, als Wittwer, von dem Elitendienst entlassen zu werden. Erlacher fodert Verweisung ans Direktorium. Kfermann will, aufs Gesetz begründet,

zur Tagesordnung gehen. Secretan folgt, will aber die Tagesordnung deutlicher erklären, und hinzuziehen, weil die Wittwer auch unter die Unverehlichten gezählt werden können. Dieser letzte Antrag wird angenommen.

Auf Akermanns Antrag erhält B. Anneler, Hauptmann von Thun, der den Auführern des Oberlandes eigenhändig die Fahne entriß, unter Beifall geflatsch die Ehre der Sitzung und den Bruderkuß.

Das Direktorium übersendet diese Bottschaft:

Das Vollziehungsdirektorium der helvetischen einen und untheilbaren Republik, an die gesetzgebenden Rätthe.

### Bürger Gesetzgeber!

Die Unregelmässigkeit, womit die Municipalitätsräthe wählen hin und wieder vor sich gegangen sind, veranlaßt das Vollziehungsdirektorium die allgemeine Frage über die Gültigkeit solcher Verhandlungen Eurer Entscheidung zu unterwerfen. In manchen Gemeinden, namentlich des Kantons Lemau, hat die Erwählung durch die relative Mehrheit der Stimmen, und zwar gegen die Gesamtheit der Stimmenden in sehr niedrigen Verhältnissen statt gefunden; in andern Gemeinden, wie im Kanton Linth, geschah dieselbe durch lautes und öffentliches Stimmgeben, während dem das Gesetz sowohl das geheime Abstimmen, als die absolute Mehrheit zur Gültigkeit der Wahlen erfordert. Allein zu gleicher Zeit überläßt es den Gemeinden, die in ihren Urversammlungen üblichen Formen zu befolgen, und auf diesen Artikel beruft man sich, um die Abweichungen von jener Vorschrift zu rechtfertigen.

Die genaue Bestimmung der Formen, unter denen das Volk seine politischen Rechte ausüben soll, ist wichtig genug, um in andern repräsentativen Versammlungen einen Gegenstand des Gesetzes abzugeben. Statt diese Lücke auszufüllen, mußte das Zurückweisen, auf die zwar nur einmalige Uebung der Urversammlungen, vielmehr Widersprüche und Verwirrung erzeugen. Es kann Euch nicht unbekannt seyn, daß diese Urversammlungen, unter den Stürmen einer Revolution abgehalten, in dem größten Theile der Republik weder Vorschrift noch Regel befolgten; die Gleichförmigkeit der Wahlart, die das Gesetz vom 15. April für die Bestimmung der Municipalitäten zum Grundsatz annimmt, konnte also am allerwenigsten auf diesem Wege der regellosen Willkühr erreicht werden, und das Vollziehungsdirektorium, das die Bekanntmachung der Gesetze nur demzumal mit erläuternden Beschlüssen begleitet, wenn es in denselben die Mittel zur Vollziehung vermißt, sah sich genöthigt, durch nähere Bestimmungen für die Erfüllung der wesentlichsten Wahlbedinge zu sorgen, welche

das Gesetz in der absoluten Mehrheit und der geheimen Abstimmung aufgestellt, die letztjährige Uebung der Urversammlungen hingegen mehr oder weniger beiseitzesetzt hatte.

Dahin zweckte das Wahlreglement vom 13. März in seinem ganzen Inhalt ab, indem es diejenige Art von Stimmgebung, als die allgemeinere festsetzte, die bei dem gegenwärtigen Grade von Unkultur in den mehresten Gemeindeversammlungen einzig ausführbar ist, und das Haupterforderniß jeder Volkswahl, den wahren Willen der Mehrheit am unzweideutigsten zum Vorschein bringt. Dabei schien das Abgeben der Stimmen an einen zur Verschwiegenheit feierlich verpflichteten Beamten immer noch eher den Namen einer geheimen Abstimmung zu verdienen, als der Gebrauch von Stimmzetteln, zu deren Selbstverfertigung wenigstens die eine Hälfte der Versammlung unfähig ist, und daher die andere Hälfte zu Vertrauten ihres Geheimnisses machen, oder vielmehr ihren Willen in die Hände der Ränkösucht und des Partheigistes mit blinder Ueberlassung hingeben muß. Den grössern Gemeinden hingegen, die, obgleich sektionsweise versammelt, dennoch collectio zu wählen hatten, blieb keine andre Wahlart als durch Stimmzetteln übrig, und die sind auch da, wo der zahlreichere Theil der Bürger des Schreibens kundig ist, dem geringsten Mißbrauche weniger unterworfen. Durch diese, aus ungleichen Verhältnissen herrührende Verschiedenheit, glaubte das Vollziehungsdirektorium die constitutionelle Gleichheit so wenig zu beleidigen, als Ihr, Bürger Gesetzgeber, durch die Verfügung zu thun gedachtet, welche die Versammlung der Gemeineigenthümer in den grössern Gemeinden, von aller unmittelbaren Verwaltung ausschließt, während dem die minder bevölkerten zu derselben befugt sind. Uebrigens war das Bedürfniß eines Wahlreglements so auffallend, daß in demjenigen Kanton, wo die Bekanntmachung des Gesetzes dem Beschlusse vom 13. März vorangegangen ist, diesem Mangel durch eine von dem Regierungsstatthalter ausgegangene Instruktion begegnet wurde; eine Maßregel, die der Thätigkeit dieses Beamten nicht anders als Beifall erwerben konnte, die aber in jedem Kanton besonders vorgenommen, so wenig, als der bei den Urversammlungen herrschende Zufall, die verlangte Gleichförmigkeit der Municipalwahlen zum allgemeinen Resultate gehabt hätte.

Indessen hat die Regelmässigkeit der Wahlverhandlungen in dem Gesetze selbst noch eine andre Art von Hinderniß angetroffen, das seiner Natur nach nicht bloß vorübergehend ist, und daher für den Erfolg der so wichtigen Municipalverwaltung nicht die beruhigendsten Ausichten eröffnet. In den kleinen Gemeindeversammlungen, wie sie häufig statt fanden, mußte es öfter noch an der Fähigkeit als an dem

Willen fehlen, um die Wahlordnung gesetzmässig zu leiten und zu befolgen. Viele derselben bestanden, wenn auch vollständig besetzt, nur aus zehn oder fünfzehn Aktiobürgern, und eine Gemeinde des Kantons Lugano, die nicht mehr als drei derselben, und darunter 2 öffentliche Beamte zählt, hat sogar über die Bestellung einer eignen Municipalität angefragt, während dem auf der andern Seite eine zerstreute Landgemeinde von zwölftausend Seelen, der ehemalige Kanton Appenzell inner Rhoden, einen einzigen Municipalbezirk zu bilden verlangt. Beide beziehen sich auf das Gesetz, das jeder Gemeind eine Generalversammlung gestattet, aber nirgends den Sinn dieses Wortes erklärt, noch eine höchst oder niedrigste Anzahl von Bevölkerung für ihren Umfang bestimmt hat.

Die Vereinigung zu grössern Municipalbezirken war jedoch nur eine seltene, ihre Vervielfältigung hingegen die gewöhnliche Folge dieser Unbestimmtheit, und in eben dem Verhältnisse, wie die Anzahl der Municipalitäten zunimmt, muß die Auswahl fähiger Municipalbeamten schwieriger und ihre Verwaltung kostbarer werden.

Statt die Verminderung der Lasten, die den Gemeinden daher zufallen müssen, in der gegenseitigen Verbindung zu suchen, haben manche derselben die Anzahl ihrer Municipalbeamten unter den vom Gesetze angegebenen Maassstab herabgesetzt, und in der nemlichen Absicht wünschen andre, den Schreiber sowohl als den Weibel der Municipalität unter den Mitgliedern derselben zu wählen. Wenn sich auch hin und wieder kleinere Gemeinden an andre anschliessen wollten, so wurden sie, weil das Gesetz nicht ausdrücklich dazu verband, gewöhnlich zurückgewiesen, und in verschiedenen Kantonen können mehrere derselben seiner Vorschrift über die verbotenen Verwandtschaftsgrade wegen ihrer allzugerungen Volksmenge nicht Genüge leisten. Diese letztere gehört auch unter die Ursachen der täglichen Verweigerung von Municipalstellen, indem dieselben beim Mangel einer Auswahl öfters an solche mußten übertragen werden, die weder ihre Fähigkeiten noch ihre bürgerlichen Verhältnisse zu dieser Amtsführung geschickt machten. Verschiedentlich hat sogar die Verlegenheit in den kleinen Gemeindebezirken brauchbare Municipalsekretarien zu finden, das verfassungswidrige Begehren veranlaßt, daß die Kirchendiener zur Uebernahme dieser Verrichtungen befugt werden möchten.

Dies, B. Gesetzgeber, sind die Resultate der ersten Berichte, die dem Vollziehungsdirektorium über die Vollstreckung des Gesetzes vom 15. Hornung vorgelegt wurden, deren Mittheilung jedoch den allfällig

erforderlichen, aber nur durch die Erfahrung zu reichenden Veränderungen in der Organisation der Municipaladministration keineswegs vorgegreifen soll. In dessen bedarf es Eurer Entscheidung, ob diejenigen Wahlen, die zuwider dem 21. Artikel des Gesetzes durch öffentliches Stimmgeben oder relative Mehrheit statt gefunden haben, nichts desto weniger als gültig anerkannt, oder durch regelmässiger ersetzt werden sollen. Dabei aber wird es Eurer Aufmerksamkeit nicht entgehen, daß eine wiederholte Zusammenberufung der Gemeindeversammlungen, der ackerbauenden Klasse von Bürgern eine kostbare Zeit entziehen und nach der bei den erstern Zusammenkünften schon sichtbaren Ermüdung von wenigem Erfolge seyn würde.

Das Vollziehungsdirektorium ergreift noch diese Gelegenheit, Euch, B. Gesetzgeber, zu einer ungesäumten Bestimmung der Municipalitätsgebühren neuerdings einzuladen, indem viele Gemeinden bei der Erwählung ihrer Municipalbeamten sich dieses Recht angemast, und nebst einer unbefugten Festsetzung von Taxen, diese letztern für ihre Entschädigung darauf angewiesen haben.

Republikanischer Gruß.

Der Präsident des vollziehenden Direktoriums,  
D h s.

Im Namen des Direktoriums, der Gen. Sekr  
M o u s s o n.

Emür sagt: alle diese Schwierigkeiten, die vorgefallen sind, sind Beweise der Unbestimmtheit uners Gesetzes über die Erwählung der Municipalitäten, um nun alles dieses zu berichtigen, fodre ich Niederlegung einer Commission über diese Bottschaft.

Secretan unterscheidet zweierlei Gegenstände in dieser Bottschaft; der eine bedarf einiger Erläuterungen; der andere hat nicht das Glück mir zu gefallen, weil er eine Rückantwort auf die Einwendung gegen ein gewisses dem Municipalgesetz beigelegtes Arrrete enthält, und einem Streit ähnlich sieht, der sich zwischen der Gesetzgebung und dem Minister des Innern erheben will: — ich stimme auch zu einer Commission, wünsche aber, daß dieselbe über diesen Theil der Bottschaft, eine Tagesordnung anrathet. Custor folgt. Legler fodert Verweisung an die Urversammlungcommission. Kilchmann begehrt Verweisung an die Municipalitätscommission. Dieser letzte Antrag wird angenommen.

(Die Fortsetzung folgt.)

# Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Usteri

Mitgliedern der gesetzgebenden Ráthe der helvetischen Republik

Band III.

N<sup>o</sup>. LXVI. Luzern, den 9. Mai 1799. (20. Floreal VII.)

## Gesetzgebung.

Grosser Rath, 3. May.

(Fortsetzung.)

Cartier im Namen einer Commission legt folgendes Gutachten vor:

An den Senat.

Der große Rath,

Auf die Bottschaft des Vollziehungsdirektoriums vom 24. April; worin es den Vorschlag thut, dem Bürger Benedikt Gillomen von Schauenburg, Kanton Bern, einen Theil seiner Strafe nachzulassen.

In Erwägung, daß der Bürger Gillomen wegen seinem Vergehen lange in Gefangenschaft gefessen; seiner Ehren und Aemtern entsetzt worden, und große Summen wegen deßhalb geführtem Prozeß hat aufopfern müssen.

In Erwägung, daß es erwiesen ist, daß der Bürger Gillomen vergeldstaget, und in die äußerste Aramth versetzt wird, wenn er die ganze vom Kantonsgericht ausgesprochene Strafe erlegen muß; und er wegen seinem hohen Alter außer Stand ist, sich die ersten Lebensbedürfnisse anzuschaffen.

In Erwägung, daß es nicht der Wille einer freien und großmüthigen Nation seyn kann, eines seiner Glieder aus Staats Eigennuz an Bettelstab zu bringen.

In Erwägung endlich, daß der Bürger Gillomen die besten Zeugnisse eines biedern und rechtschaffenen Lebenswandels aufzuweisen hat,

hat nach erklärter Dringlichkeit

b e s c h l o s s e n :

Es ist dem B. Benedikt Gillomen von Schauenburg, Kanton Bern, die Hälfte der Strafe von sechs hundert Kronen, zu der er vom Kantonsgericht zu Bern verurtheilt worden, nachgelassen.

Trosch will zwei Drittheil der Strafe nachlassen. Wyder folgt Trosch, weil wir nichts anders thun

können, als die Bottschaft, welche zu diesem Gutachten Anlaß gab, annehmen oder verwerfen. Deszloes ist gleicher Meinung. Germann bemerkt, daß die Buß den Armen und dem Anzeiger gehört, und also nicht wieder dem Gestraften zurückgegeben werden kann. Cartier glaubt, die Gesetzgebung könne eine Begnadigung nach Gutdünken motiviren, wann das Direktorium einen Vorschlag dazu mache: er beharret auf dem Gutachten.

Secretan gesteht, daß die Constitution freilich hierüber undeutlich ist, doch glaubt er, gehe man am sichersten, die Bottschaft des Direktoriums anzunehmen. Besonders wichtig ist der Umstand, daß ein Vater Angeber, und die beiden Söhne des Angebers Zeugen seyn sollen, vielleicht auch glaubt er, sey etwas stark gedrückt worden, weil der Schuldige das Unglück hat, ein Patriot zu seyn, und dieses in gewissen Gegenden Helvetiens noch keine Empfehlung giebt: er fodert also Annahme der Bottschaft.

Utermann will in Rücksicht des Patriotismus des Bittstellers und der schon häufig von demselben erlittenen Unkosten die ganze Luße nachlassen. Erlacher stimmt Utermann bei. Das Gutachten sowohl als die Bottschaft werden verworfen. Der Präsident fragt, ob Utermanns Antrag ins Mehr gesetzt werden dürfe, da es einigermaßen der Constitution zuwider zu seyn scheint.

Carrard glaubt, der 78. § der Constitution sey ganz bestimmt Utermanns Antrag zuwider, indem dieser § wenigstens so weit deutlich ist, daß die Gesetzgebung nicht über die Anträge des Direktoriums hinaus gehen kann: er fodert also Rücknahme des eben gefaßten Beschlusses, und Annahme der Bottschaft. Eufor glaubt, das Direktorium habe wohl das Recht den ersten Vorschlag zu machen, wann aber dieser gemacht ist, so könne nachher die Gesetzgebung in Rücksicht der Begnadigung selbst nach Willkühr handeln: er fodert also Tagesordnung über Carrards Antrag.

Secretan sieht die Constitution darum für un- deutlich an, weil es in Rücksicht der Beschlüsse des großen Raths und einiger Gegenstände, über die das



Direktorium das Vorschlagsrecht hat, deutlich bestimmt ist, daß man nur annehmen oder verwerfen kann; hier im 78. § aber ist diese Beschränkung nicht so deutlich ausgedrückt, und also soll die Gesetzgebung nicht mehr beschränkt werden, als die Constitution es erfordert; und er begehrt also, daß Utermanns Antrag ins Mehr gesetzt werde. — Dieser Antrag sowohl als die gänzliche Nachlassung der Geldbuße wird angenommen.

Carrard im Namen einer Commission legt folgendes Gutachten vor:

### Der grosse Rath an den Senat.

In Erwägung, daß die Constitution jedem Bürger die freie Ausübung seiner Religion zusichert.

In Erwägung, daß diejenigen, welche dem Gottesdienst gewidmete Gegenstände beschimpfen, die Rechte ihrer Mitbürger verletzen, und die Gesellschaft beunruhigen.

In Erwägung, daß es die Pflicht der Gesetzgeber ist, durch ein ausdrückliches Gesetz die Ausschweifungen zu verhindern, deren sich Leute schuldig machen, welche nicht von der Verpflichtung einer gegenseitigen Religionsbindung durchdrungen sind, die in dem Wesentlichsten der republikanischen Grundsätze liegt;

hat der grosse Rath nach erklärter Dringlichkeit beschlossen:

1. Diejenigen, welche durch öffentliche Unruhe Religionsversammlungen und Ceremonien unterbrechen würden; diejenigen, welche Gegenstände des Gottesdiensts thätlich beschimpfen, und diejenigen, welche den Religionsdiener in seinen Verrichtungen öffentlich kränken, oder ihn darin stören werden, verfallen in eine Geldbuße, welche für jeden einzelnen die Summe von 100 Franken nicht übersteigen, und nicht weniger als 32 Franken betragen darf, oder in eine Gefängnißstrafe, welche die Dauer von 3 Monaten nicht übersteigen kann, mit Vorbehalt der im peinlichen Gesetzbuch festgesetzten Strafen, wenn das Vergehen von solcher Art ist, daß diese letztere statt haben.

2. Die Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes ist provisorisch den Distriktsgerichten übertragen.

3. Dieses gegenwärtige Gesetz soll gedruckt, angeschlagen, und in ganz Helvetien, besonders bei den Armeen bekannt gemacht werden.

Sermann glaubt, dieses Gesetz sey hauptsächlich für das Militär gemacht worden, und sey nicht hinlanglich auf dieses anwendbar: er fodert Rückweisung an die Commission. Graf denkt, dieses Gesetz müsse ganz allgemein gemacht seyn, und fodert also Annahme des Gutachtens, weil auch Soldaten, welche die Religion verletzen, mit 3 Monat Gefängnißstrafe

belegt werden können. Das Gutachten wird angenommen.

Die Gesellschaft des Distelzwangs von Bern, und der Vogt der Bürgerin Gising, Fr. Lerber von Bern machen Einwendungen gegen das Decret der Gesetzgebung, durch welches die Bürgerin dem Berner Bürgerrecht und der Contribution entzogen ist, und fodern nähere Untersuchung dieses Gegenstandes.

Grafenried begehrt Niedersetzung einer Commission über diese Bittschrift. Secretan folgt, doch denkt er, werde keine große Schwierigkeit sich gegen unser Decret erheben können, da der Berner Vogt dieser Bürgerin, dem Lemanschen Vogt derselben schon die Rechnung abgegeben habe, und diese ratificirt worden sey. Die Commission wird erkannt, und besteht aus den B. Carrard, Grafenried und Kellstab.

Michel sagt: der Kanton Oberland ist auf die schrecklichste Art bearbeitet worden, durch Darstellung falscher Finanzsysteme und Korruption wegen Aufhebung aller Religion: bei der dadurch entstandenen Unruhe theilte sich das Oberland in drei Theile, das Siebenthal, das Frutigerthal und das eigentliche Oberland. Im Siebenthal waren die mildern Gemeinden gut gestimmt und standhaft, hingegen der obere und untere Theil des Thals haben sich gegen die gute Ordnung bewafnet, wurden aber endlich durch einen Theil der Legion, durch Franken, und viele Bürger des Kantons Bern, die besonders durch einen B. Fellenberg von Bern zum Auszug gegen die Aufrehrer aufgemahnt worden waren, überwunden, und ihre Aufrehrer gefangen genommen. Die Aufrehrer des Frutiger Thals zogen gegen Thun aus, und schlugen sich ohne Erfolg gegen die muthigen Vertheidiger unsrer Verfassung: als sie endlich sahen, daß sie von den übrigen Rebellen nicht unterstützt wurden, so foderten sie zu kapituliren: wir schrieben ihnen Bedingungen vor, unter denen sie nicht mehr bekriegt werden sollten, die sie annahmen, und also ist es ganz falsch, was der göttlose Zeitungschreiber in Bern gesagt hat, daß wir mit Rebellen kapitulirt haben. Die Aufrehrer des Oberlands endlich versammelten sich bei Interlachen, und als sie sich hier isolirt sahen, wollten sie nicht mehr vorwerths, es entstand Unordnung, und sie liefen auseinander. Wäre zwischen diesen verschiedenen Umständen Zusammenhang gewesen, so hätten sie uns in Thun warm machen, und dann wirkliches Unglück über unser Vaterland kommen können: ist aber ist alles wieder ruhig, mehrere hundert der wichtigsten Rebellen sitzen in Thun gefangen, und erwarten ihre verdiente Strafe zum Schrecken der Uebrigen. — Man klatscht.

Die Versammlung bildet sich in geheime Sitzung. Nach Wiedereröffnung ders. übergeben Abgeordnete der Gemeinde Sevelen im Distrikt Werdenberg eine Bitt-

Schrift über Benutzung von Gemeinweiden, welche dem Senat überwiesen wird.

Senat, 3. Mai.

Präsident: Mittelholzer.

Die Discussion über den 6ten Abschnitt des Gutachtens über die Friedensrichter — der von Strafen und Verfahren gegen eine nicht erscheinende Parthei handelt — wird eröffnet. Der Bericht der Commission war folgender:

Euere Commission, die den 6ten Abschnitt der Organisation der Friedensrichter untersuchen sollte, hatte angemerkt, daß er unvollständig sey, da er nicht vorschrieb, was der Friedensrichter im Falle einer zweiten Nichterscheinung einer Parthei thun, ob er ein contumacielles Urtheil absprechen solle, wenn der streitige Gegenstand seiner Competenz ist. Eine solche Ungewißheit soll in einem Gesetze vermieden werden.

Eine solche Ungewißheit fand sich aber auch in Betreff des angerathenen Vergleiches vor; denn der Beschluß entschied nicht, ob im Falle der Nichterscheinung der einten, der andern Parthei ein Schein der fruchtlosen Vorladung gegeben, und ob der Handel dann vor dem Distriktsgesichte angenommen werden solle. Diese Mängel schienen eurer Commission hinlänglich die Verwerfung der Resolution anzurathen, und der Senat verwarf sie.

Nun im neuen Beschlusse hat der große Rath auf diese Beobachtungen des Senats Rücksicht genommen. Die für das zweimal nicht erscheinende Parthei soll vor das Friedensgericht oder vor das Distriktsgesicht vorgeladen werden, nach denen der Gegenstand in des einten oder in des andern Competenz seyn wird.

Euere Commission giebt, daß ein solcher Rechtsgang auch für Kleinigkeiten sehr lang dauern kann. Sie ist überzeugt, daß ein klarerer und kürzerer Rechtsgang dem Senat hatte können zur Sanction vorgelegt werden; da man aber den Grundsatz angenommen hat, daß der Friedensrichter keine Competenz haben solle, so soll nothwendiger Weise alles allfällig vor das Friedensgericht gebracht werden, und das veranlaßt die vielen Vorladungen und verschiedenen Erscheinungen, und endlich die lange Dauer, die man hatte ausweichen können, wenn dem Friedensrichter eine Competenz wäre zugeeignet worden.

Was den Vorladungstermin belangt, da die vorgehenden Sektionen dem Friedensrichter auftragen, ihn, so viel möglich, zu beschleunigen, so beruft sich dieser Beschluß auf die von dem Senat schon angenommene Beschlüsse.

Euere Commission rath sohin zur Annahme dieses Beschlusses, wenn sie schon einen klarern und bestimmtem Beschluß gewünscht hatte.

Muret glaubt, der Beschluß müsse verworfen werden, als höchst undeutlich und verwickelt; derselbe sagt nicht, was eigentlich geschehen soll, wann die zum erstenmal gerufene Parthei nicht erscheint; er bestimmt nicht nach welchem Termin der 2te Ruf an eine nicht erscheinende Parthei geschehen soll; — es ist nicht gesagt, wer die Moderation der Kosten vorzunehmen soll; wann das Distriktsgesicht es thun sollte, so ist dieß kostbar, eben so und weitläufig wird die Sache, wenn das Friedensgericht dazu besammelt werden soll. — Weit besser könnte diese Kostenbestimmung vom Friedensrichter in erster und vom Präsidenten des Distriktsgesicht in letzter Instanz ohne Kosten und in Abwesenheit der Partheien gemacht werden.

Devevey stimmt auch zur Verwerfung; und tadelt überdieß daß der Beschluß den Friedensrichter zum Einzieder der Strafgeelder, mithin zu gleicher Zeit zum Friedensrichter, Fiscal und Geldereinzieder der Nation, macht.

Der Beschluß wird verworfen.

Die Discussion über den Beschluß, welcher die an die Municipalitäten zu bezahlenden Taxen für Ausfertigungen von Käufen und Tauschen bestimmt, wird eröffnet.

Der Bericht der Commission war folgender:

Der zu nochmaliger Untersuchung an die Commission überwiesene Beschluß des gr. Rathes vom 23. dies, betreffend die Schreibtaxen von Käufen und Tauschen, so nach dem Gesetze vom 15. Febr. an einigen Orten den Municipalitäten zukommen, findet sich in dem 1. Artikel gegen dem vorherigen, welchen der Senat verworfen hatte, abgeändert, maßen nunmehr anstatt 2 Bagen nur 1 1/2 Bagen Schreibtaxe bei Käufen und Tauschen unter £. 100, so wie auch bis auf 1000 Franken, von jedem 100 Franken zu entrichten seyn wird; da nun dieses von der Commission um etwas billiger als vorher gefunden wird, so hat sie sich zur Genehmigung diesfalls vereinigt. Sie heißt auch den 2. Artikel gut, und obschon bei dem 3. Artikel ihre letzte Bemerkung noch in Kraft bleibt, daß in Rücksicht der Tausche die Entrichtung der Taxe durch jeden der Tauscher vom ganzen Werth ihr etwas hoch scheine, so findet sie auch darin keinen Grund zur Verwerfung. Den 4ten als einen neuen Artikel hatte die Commission lieber nicht in dem Beschlusse gesehen, weil die Distriktsgesichte bei denen durch sie geschehenden Fertigungen, bereits durch das Gesetz vom 25. August S. 10 ihre Weisung erhalten, da ihnen sogar gestattet ist, an den Orten wo solches nach bisheriger Uebung nicht schon niedriger ware, höchstens 1/4 vom Hundert an Siegeltaxe zu beziehen; es hatte demnach, um allem anscheinenden Widerspruch auszuweichen, nach üblicher Form dieser Artikel im Gesetz vom 25. August sollen zurückgenommen werden, inzwischen da derselbe den Distriktsgesichten diesen

174 vom Hundert ganz bestimmt nur provisorisch zu spricht, und hingegen der 4te Artikel des gegenwärtigen Beschlusses mehrere allgemeine Billigkeit und bessere Gleichheit bei allen Fertigungen zu erzielen abwecket, so laßt ihn die Commission auch in diesem Sinne gelten. Ueber alle übrige Artikel des Beschlusses hat sie weiter nichts anzumerken; sie wiederholt ihre letzte Aeußerung, daß die festsetzende Einnahm rubrique dieser Art für die Municipalitäten, denen das Fertigungsrecht zukommt, eine Erparniß für die Gemeinden sey, welcher sonst andere Entschadnisse zu bestimmen im Fall wären, und die Commission hat sich folglich diesmal vereinigt, um die Annahme dieses Beschlusses anzurathen.

Der Beschluß wird ohne Discussion angenommen.

Die Discussion über den Beschluß, welcher das Strafgesetzbuch enthält, wird eröffnet.

Der Bericht der Commission war folgender:

Die Commission, die Sie, V. Repräsentanten, zur Untersuchung des vom großen Rath vorgeschlagenen peinlichen Strafgesetzbuches ernannt haben, hat die ganze Wichtigkeit dieses Beschlusses erwogen. Freiheit, Ehre und Leben zahlreicher Bürger hängen von der größern oder geringern Vollkommenheit dieses Gesetzbuches ab, und nach und nach muß der Grad von Strenge und Gerechtigkeit den dasselbe besitzt, wesentlichen Einfluß auf den Nationalcharakter haben. Ein Strafcodez ist desto vollkommener, je mehr er alle die Staatsgesellschaft störenden Unruhen zu verhüten im Stande ist. Um diesen Zweck zu erreichen, muß er vollständig seyn, das will sagen — er muß Strafen gegen jede Art von Verbrechen enthalten. Ist er in dieser Rücksicht unvollständig, so laßt er der Willkühr Spielraum, und nicht leicht ist Willkühr irgendwo gefährlicher als eben hier. Er soll streng seyn, das will sagen, die Strafen sollen hinlänglich vom Verbrechen abhalten. Aber vor allem soll er menschlich seyn, das ist, die Strafe soll immer dem Verbrechen angemessen, verhältnißmäßig zu demselben, aber nicht mehr seyn. Jede unnütze Strenge ist Grausamkeit, und diese muß um so verhaßter seyn, da sie aus dem Gesetze herfließt, dessen einziger Zweck die Wohlfart der Bürger seyn soll.

Die Franken haben in Folge ihrer Revolution sich ein Strafgesetzbuch gegeben, und dieses Gesetzbuch ist es, welches uns mit geringen Abänderungen durch den Beschluß vorgeschlagen wird. Die Verfasser desselben haben die Arbeiten der besten Schriftsteller und die Erfahrung aller Zeiten über diesen wichtigen Gegenstand benutzt. Man darf Kühn behaupten, ihre Arbeit enthält das menschlichste aller europäischen Strafgesetzbücher. Die Todesstrafe ist auf die großen Verbrechen eingeschränkt; diese sind selten, und Menschenblut wird also gespart; keine häufige Vergießung desselben unter dem Schwerdt des Gesetzes wird die

Ration entsittlichen; und in den Fällen, wo wirklich die Größe des Verbrechens den Tod verdient, ist diese Strafe von keiner empörenden Grausamkeit begleitet. Die übrigen Strafen erfüllen die Forderungen der gesellschaftlichen Sicherheit zugleich mit jenen der Menschlichkeit; der Gefangene findet noch Vortheile in der Rückkehr zu bessern Grundlagen, und seine Rückkehr zur Tugend bleibt nicht unbelohnt. Das Gesetzbuch ist vollständiger als irgend ein anderes; indessen hätte die Commission gewünscht, darin Strafen gegen den Stimmenhandel sowohl in den Ur-, als Wahlsammlungen zu finden. Unter den besonders aufgestellten Diebstählen, hätte der des Schiffers oder Fuhrmanns, der die ihm anvertrauten Waaren entwendet, nicht übergangen werden sollen.

Ein Theil der Commission hätte auch Strafbesimmung gegen jene die sich Störung des Gottesdienstes erlauben würden, gewünscht. — Was die erstern Bemerkungen betrifft, so sind diese Mängel von solcher Art, daß sie leicht durch nachfolgende Beschlüsse gehoben werden können; und in Rücksicht der letztern Bemerkung ist zu bedenken, daß die Freiheit des Gottesdienstes entweder durch Handlungen gestört werden kann, in welchem Fall das Gesetz strenge Strafen gegen die verhängt, welche die öffentliche Ordnung und innere Ruhe stören, oder es geschieht durch bloße Reden, die keine Unordnung zur Folge haben; in diesem Fall kann das Vergehen durch eine Polizeistrafe, von der hier nicht die Rede seyn konnte, durch kürzern oder längern Verhaft z. B. in einem Verhaftshause, bestraft werden.

Diese Bemerkungen halten die Commission indeß keineswegs ab, einmützig zur Annahme des Beschlusses zu rathen, denn es ist dringend, daß ein humanes Gesetzbuch sowohl an die Stelle des blutigen, das den Namen der Carolina führt, und in mehreren Kantonen als peinliches Gesetz in Kraft ist, als auch an die Stelle der Willkühr, die in andern Gegenden das Leben und die Freiheit der Bürger, der Unwissenheit, den Vorurtheilen und den Leidenschaften Preis giebt, trete. Der große Rath gesteht uns selbst, daß er nichts besseres vorschlagen kann: die Arbeit eines ganz neuen Gesetzbuches, das am Ende wohl nur unvollkommener werden würde, unternehmen wollen, hiesse dessen Annahme um mehrere Monate verzögern; würde indeß das in Folge der noch bestehenden barbarischen Gesetze vielleicht zu vergießende Blut, nicht Rache über uns schreien, wenn wir ohne sehr wichtige Gründe, den vorliegenden Beschluß verwerfen würden? —

Lüthi v. Langn. stimmt zur Annahme; übrigens bemerkt er, alles was sich denken läßt, läßt sich in der menschlichen Gesellschaft auch thun, und wenn es Verbrechen sind, so sollen darauf Strafen gesetzt seyn; nun findet er daß für Bleicher, und Gerber:

diebstahle, für Vergiftungen von Früchten im Felde — keine Strafen in dem Gesetzbuche sich finden.

Devevey fühlt die ganze Dringlichkeit der Annahme dieses Gesetzbuchs; — aber er fühlt auch die Nothwendigkeit, daß die Strafen den Verbrechen immer angemessen seyen; der 28ste Art. ist allzustreng, indem er 6 Stunden Ausstellung zur Schau verordnet; in einem sehr kalten Winter müßte der so Gefraßte darüber des Todes seyn; im 144 Art. wird für kleine Verwundungen, Schadenersatz zugesprochen; im 147 Art. geschieht dieß für sehr große Verwundungen und Verstümmelungen nicht. — Wo besondere Diebstahle, durch welche die öffentliche Sicherheit verletzt wird, aufgezählt sind, hätten die Bienenkörbe weggelassen werden dürfen, zumal Bleiche- und Gerberdiebstahle nicht besonders erwähnt werden.

Augustini: Da vermuthlich in der Folge das peinliche Gesetzbuch wird residirt werden, so will auch er einige Bemerkungen machen. Die Frist von drei Jahren zu Verjährung der Verbrechen ist zu kurz; — das Gesetz ist sehr gefährlich, da nach 20 Jahren keine Strafe gegen auch den größten Verbrecher mehr vollzogen werden darf; überdas wäre es sehr gut gewesen, bei Diebstählen eine gewisse Summe zu bestimmen, unter der die Strafe nicht angewandt werden darf; für die falschen Zeugen hatte auch ein Unterschied gemacht werden sollen, zwischen den Bestochenen und andern. Er hätte noch mehr Bemerkungen zu machen, aber er will keinen Augenblick länger die Annahme verzögern, die so viele Barbareien von unserm menschenfreundlichen Boden vertilgen wird.

Muret bemerkt, daß der 18. Art. das was Lüthi v. Langn. verlangt, wirklich enthält, und allerdings auf Bleiche- und Gerbereidiebstahle sich ausdehnt; Deveveys Tadel gegen den 147. Art. ist eben so ungegründet; ja freylich finden neben den Strafen auch Entschädigungen in jenen Fällen statt; der 33. Art. bürget dafür hinlänglich. Der Artikel den Augustini rügt, bezieht sich auf die in Contumaz Verurtheilten keineswegs, gegen die immer bei ihrem Zurückkommen die Strafe vollzogen werden muß.

Meyer v. Urb. stimmt Muret bei; die Commission ist auch überzeugt gewesen, daß die von Devevey angezogene Zeit der öffentlichen Ausstellung, nach Umständen vom Richter verkürzt, nie aber verlängert werden darf. Der Beschluß wird angenommen.

Dolder im Namen einer Commission legt über den die Verbindlichkeit der erwählten Municipalbeamten, ihre Stellen anzunehmen, betreffenden Beschluß — folgenden Bericht vor:

#### Bürger Repräsentanten!

Eure Commission hat den vorliegenden Beschluß mit aller möglichen Aufmerksamkeit untersucht, und so

sehr sie von der Richtigkeit, der in den Erwägungsgründen aufgestellten Grundsätzen, und von der Nothwendigkeit Maaßregeln gegen willkürliche Entziehung für den Dienst des Vaterlandes zu nehmen überzeugt ist, so sieht sie sich doch neuerdings in dem Fall Euch die Verwerfung dieser Resolution anzurathen, und ladet euch ein, Bürger Repräsentanten, ihren Verwerfungsgründen euere Ueberlegung zu gönnen.

Die Bothschaft des Vollziehungsdirektoriums ladet die gesetzgebenden Räte ein, über die Municipalbeamten, welche sich weigerten, die Stelle anzunehmen, zu entscheiden, und der Beschluß des großen Rathes dehnt sich auf die Gemeindeverwalter aus, und; setzt diese mit jenen in eine und die nämliche Klasse euere Commission kann weder den Grund noch die Billigkeit dieser Verfügung einsehen, ein Municipalbeamter ist eine wichtige Person, ein Mann, der für die Ruhe, Sicherheit, gute Ordnung und Handhabung der Gesetze wachen muß, folglich ein Beamter des Staats, da hingegen ein Gemeindeverwalter im eigentlichen Sinne nur gegen eine Corporation oder Familie und nur über Rechnungssachen seine erste Verbindlichkeit hat; es ist also hier weder Gleichheit des Amtes, noch Gleichheit der Verrichtungen, noch Gleichheit des Einflusses auf Ruhe und Sicherheit des Staats, noch Gleichheit der Verantwortlichkeit, folglich kann auch keine Gleichheit in Bestrafung derjenigen, so ihre Plase nicht annehmen wollen, statt haben, es ist ferner Ungleichheit darinn, daß die Municipalitäten von den Generalversammlungen, und die Verwalter von den Gemeindeversammlungen erwählt werden; das wäre also der erste Verwerfungsgrund, so euere Commission vorzubringen hat, und welcher noch dadurch kräftiger wird, da im Beschluß nur von Gemeindeversammlungen, und kein Wort von Generalversammlungen geredt wird.

Ueber den ersten Artikel hat die Commission nichts zu sagen, die Bestrafung so im zweiten bestimmt wird, findet die Commission zu stark; die Ausnahmen so der 3te und 4te Art. bestimmt genehmigt die Commission ebenfalls, doch glaubt sie, letztere sollte nothwendig auf jene ausgedehnt werden, welche wegen Umständen von ihrer eignen Komlichkeit oder Nutzen ihren Wohnsitz verändern wollen, und die Abwesenden, nämlich: die so auf der Wanderschaft oder in fremden Orten wohnhaft sind; der 5te Art. ist richtig, so wie die Ergänzungsart so der 6te und 7te Art. bestimmt, welche aber von Generalversammlungen und nicht von Gemeindeversammlungen, so weit es die Municipalitäten betrifft, geschehen soll.

Den 8te Art. ist eurer Commission dunkel und unbegreiflich, der Anfang davon scheint in den Grundsätzen, daß keine Strafe rückwirkend seyn könne, zu bleiben; das End des Artikels hingegen bestimmt gerade das Gegentheil.

B. Repräsentanten, eure Commission kann unmöglich von dem Grundsatz abweichen, daß niemals ein Gesetz kann rückwirkende Kraft, und füraus rückwirkende Bestrafung haben können; wie! sie wollten einen Bürger, der in die Municipalität erwählt worden, der nicht alles mögliche zu dessen Verhinderung gethan hat, der aber in dem Gesetz über die Municipalitäten keinen Zwang oder keine Bestrafung fand, nunmehr, da er findet, daß vielleicht Mangel genügsamer Kenntniß oder andere Verhältnisse ihn anzweckmäßiger Ausübung seines Amtes hindern, und selbes nicht antreten will, durch zehn jährige Beraubung seines Urtbürgerrechts bestrafen. Nein, B. Repräsentanten! das werden sie nicht wollen, sie werden mit ihrer Commission finden, daß die Strafe gar nicht dem Fehler angemessen ist, und sie werden so wie die Commission einhellig rath, diesen Beschluß verwerfen.

Eure Commission muß hier doch noch beifügen, daß sie von der Nothwendigkeit eines Gesetzes über diesen Gegenstand überzeugt ist, daß sie aber wünscht der große Rath möge uns eines vorschlagen, das in seinem wesentlichen Inhalt laute:

Die Municipalbeamten, so vor dem Tage dieses Gesetzes ihre Stelle nicht haben antreten oder die sie verlassen wollen, sollen durch die Generalversammlungen ersetzt werden, und das von dem Tag des Gesetzes an; die erwählten, so entweder diese Place nicht annehmen, oder nicht nach dem Gesetz besorgen wollen, sollen auf 3 oder 5 Jahre vom Urtbürgerrecht ausgeschlossen, aber doch nicht vom Militärdienst befreit seyn.

(Die Fortsetzung folgt.)

## Offizielle Kriegs-Nachrichten.

Schreiben des Cantonsrichters Ghiodera an den Statthalter des Distrikts Nels.

Ragaz, den 1. Mai.

Heute Morgens um 4 Uhr weckte uns der Donner der Kanonen bei St. Luci, Steig und ab den höchsten Spitzen des Ehlbergs. Gestern sind 25 (andere sagen 50) von der 14. Halbbrigade, die Schwarzen genannt, von den Vorposten zu den Kaiserlichen desertirt, und haben die Stärke und die Position der Franken verrathen. In der Nacht um 2 Uhr sind also die Kaiserlichen angerückt, zum Theil gegen die Steig selbst, und gegen den Flascher-Ehlberg, welchen sie bei Palzers zur rechten Hand auf der Seite des Rheins umgangen haben; dort an den Vorposten waren nur 3 Compagnien Franken, und beiläufig 2000 Kaiserliche. Fechtend zogen die Franken zurück. Um 8 Uhr waren die Kaiserlichen schon bei den Flascher-Weinbergen, bei

der Müst. Hartnäckig widerstanden die wenigen Franken, allein um 10 Uhr waren die Kaiserlichen schon im Flascherfeld, und selbst ins Stadtlein Maiensfeld eingezogen. Das Feuern im Maiensfelder- und Flascherfeld war also fürchterlich. Einige Compagnien retirirten sich auf unsere Seite über den Rhein; man brachte auch die Schiffe herüber. Die Franken feuerten heftig über den Rhein, und in eben dem Augenblicke kamen die fränkischen Husaren pfeilschnell angeritten, die Infanterie lief Sturm, und die Kaiserlichen wurden bis in die Flascher-Weinberge zurückgeworfen. Die Husaren kamen ihnen aber zuvor, die Infanterie stürmte laufend nach, und so wurden alle Kaiserlichen in den Weinbergen und im Gebüsch umringt, mit Sturm angegriffen, und gefangen genommen. Sie mußten in den Rhein springen, sich erschließen lassen, oder ergeben. Die Zahl der Gefangenen ist groß, ich weiß sie aber nicht, obchon ich Augenzeuge des Gefechts war. Das Treffen dauerte von Morgens 4 bis Mittags 12 Uhr. Auf der Steig brüllt jetzt noch um halb 3 Uhr der Kanonendonner. Doch dort ist es unmöglich, hinaufsteigen. Die Franken siegen gewiß. Mehrere tausend Kaiserliche sollen geblieben seyn. Unferordentlich stark war die kaiserliche Cavallerie. Eben sind hier 1200 Kaiserliche als Gefangene angekommen u. s. w.

Sargans, 1. Mai. Distriktscommissar Gallatz an Unterstatthalter Bernold in Wallenstadt.

Ab der Erlen (Höhe bei Sargans) sah man bei anbrechendem Tage die Höhen der Teufelshalde bis in die obersten Grate wimmeln von kaiserlichen Truppen. Die Franken wurden unter einem lebhaftem Feuer und heftigen Widerstand zurückgedrängt, bis an Flasch. Der Rhein ist klein zum Durchwaten, so daß die Franken erst mit den Pferden, und dann mit dem Fußvolk an einer Kette hinüberfetzten. Wirklich sagt man von Wunder, wie es zu Flasch zugehe. Die Franken führten 2 Kanonen herbei, wodurch die Kaiserlichen genöthiget wurden, sich einige Minuten zurückzuziehen.

Der Regierungsstatthalter des Cantons Sentis, an das Vollziehungsdirektorium.

St. Gallen, den 2. Mai.

Der Feind unterhält unsere schweizerischen Krieger dem Rhein nach in beständiger Bewegung; denn obchon man keine Spuren eines vorhabenden Rheinsübergangs merkt, so beunruhigt er sie täglich durch seine Kanonaden, und durch das Plankeln seiner Scharfschützen, die aber beide noch keinen beträchtlichen Schaden verursacht haben, und unsere jungen Krieger, statt sie zu schrecken, nur an das Feuer gewöhnen. Auch die sogenannte Williamsche Flotille, die in 13 Schiffen bei